Handelsblatt

MITTWOCH, 7. DEZEMBER 2011, Nr. 237 **

DIE MEINUNG UNSERER LESER

Rettung unwahrscheinlich

Zur Abstufungsdrohung für Staaten der Euro-Zone durch eine Ratingagentur Merkel und Sarkozy sind auf einer "mission impossible", und das hat jetzt die erste Ratingagentur gemerkt. Die Machtfrage ist unlösbar: Kein noch so kleiner Bürgermeister, kein Ministerpräsident, kein Staatspräsident und auch keiner ihrer Seelenverwandten, in welchem EU-Staat auch immer, wird freiwillig auf seine Macht verzichten. Erst recht nicht auf die größte Macht, den Bürgern in die Tasche greifen zu können, Fiskalhoheit genannt.

Europa ist noch nie an seinen großartigen Ideen gescheitert, immer an der Umsetzung. Stets umging man die Machtfrage, wenn nicht, fand man die falschen Antworten: Einstimmigkeitsprinzip (also noch mehr Macht für die Provinzfürsten), Vetorecht etc. Deutschland hat als souveräner Staat intern kein Mittel gefunden, den Bund, die Bundesländer oder gar die Kommunen einheitlich zu solider Haushaltsführung zu bringen, im Gegenteil, durch Bundesfinanzausgleich und Steuererhöhungen wird eine Solidarität abgenötigt, die zur Flucht motiviert, Kapitalflucht, Steuerflucht, Auswanderung.

So wird es auch in der EU nicht das geben, was Ratingagenturen und Investoren in Staatsanleihen zu Recht verlangen: zentral gesteuerte Solidität des vereinten Europa. Damit sind alle bürokratischen Konstruktionen, wie man alte Schulden umfinanziert und neue macht (nichts anderes tun die "Rettungsschirme"), reines Papier. Ratingagenturen und Investoren können, so die bittere Lehre, Änderungen erzwingen, aber nicht das Notwendige.

Volker Gallandi